

Übersichten

März 2001

Außenpolitik

1 Ritualisierter Schlagabtausch um Menschenrechte

In jährlich wiederkehrendem Ritual legte die US-Regierung auch dieses Jahr im Vorfeld der am 19. März in Genf eröffneten 57. Session der UN-Menschenrechtskommission ihren Bericht zur Lage der Menschenrechte in der Welt vor. Dieser Bericht bildet traditionell die Grundlage für die Einbringung eines amerikanischen Resolutionsantrags zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China durch das UN-Gremium. Ebenfalls schon traditionell zu bezeichnen ist sowohl die chinesische Gegenreaktion als auch die eher zurückhaltende Position der EU und letztlich auch die ablehnende Haltung auf Seiten der Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten, wodurch die Annahme der US-Resolution regelmäßig seit 1989 verhindert wird. (Vgl. auch C.a., 2000/4, Ü. 3)

Allerdings waren die Aussichten auf eine Annahme des US-amerikanischen Resolutionsantrags in diesem Jahr vielleicht noch ein wenig geringer, hat-

te doch der Nationale Volkskongress zuvor die UN-Konvention über die wirtschaftlichen und sozialen Rechte ratifiziert und damit den guten Willen Beijings zumindest formal dokumentiert. So hatten sich die Außenminister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auch darauf verständigt, den Antrag auf eine Verurteilung Chinas nicht gemeinsam mit den USA einzubringen, was der EU Dank und Verständnis auf Seiten des chinesischen Außenministeriums einbrachte. Ministeriumssprecher Zhu Bangzao bezeichnete diese Entscheidung der EU-Außenminister denn auch als hilfreich für Dialog und Austausch zwischen China und der EU im Bereich der Menschenrechte. Zhu rief die EU dazu auf, „eine positive und konstruktive Rolle auf der UN-Menschenrechtskonferenz einzunehmen“.

Nicht kommentiert wurden von chinesischer Seite allerdings die Kritikpunkte, die gleichwohl von Seiten der EU-Mitgliedsstaaten vorgebracht wurden. In einem Vorbereitungstreffen, das nach den Worten des EU-Außenkommissars Chris Patten von dem allseitigen Bemühen geprägt war, „eine Position zu finden, bei der sich alle auf derselben Seite wiederfänden“, hatten sich die Außenminister der EU darauf geeinigt, vor dem UN-Gremium „ihre Besorgnis über die ernstesten Verletzungen der Menschenrechte in China auszudrücken und darauf zu drängen, China möge weitere Schritte zur Verbesserung der derzeitigen Lage einleiten“. Von Seiten der Europäischen Union wurden insbesondere eine Einschränkung der Verhängung und der Umsetzung der Todesstrafe mit der Perspektive einer gänzlichen Abschaffung, eine Reformierung des Inhaftierungssystems, die Abschaffung der Folter sowie die Respektierung der Freiheit der Religionsausübung insbesondere auch von Buddhisten in Tibet und Muslimen in Xinjiang gefordert.

Diesen konkreten Kritikpunkten hält die chinesische Regierung entgegen, sie habe sich – ausgehend von den konkreten Bedingungen in der VR China – immer um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten des chinesischen Volkes bemüht. Dabei sei es nach den Worten Zhu Bangzaos zunächst darum gegangen, das Recht

der Menschen auf Überleben und Entwicklung durchzusetzen. Mit der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und der Gesellschaft habe man im Ergebnis auf diesem Wege erreicht, dass die Menschen in China sich heute eines gewissen Lebensstandards erfreuten. Auch der Aufbau des Rechtssystems habe große Fortschritte gemacht. Um die Situation der Menschenrechte in China sei es in der Geschichte daher nie besser gestellt gewesen.

Indirekte Rückendeckung erhielt die chinesische Regierung von der Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, die in ihrer Eröffnungsrede gleichzeitig auch ihren Rücktritt vom Amt ankündigte. Als Grund für ihren Schritt nannte sie insbesondere die mangelnde Unterstützung ihrer Arbeit durch die großen Mitgliedsstaaten. Dabei kritisierte sie explizit die USA, den sie in einem Interview trotz ihres großen finanziellen Engagements ein „eigenwilliges Verständnis von Menschenrechten“ vorwarf. Für die Vereinigten Staaten wären die Menschenrechte demnach begrenzt auf die bürgerlichen und politischen Rechte. Ihrer Ansicht nach seien die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte jedoch gleich wichtig einzustufen. Als Beispiele nannte sie – ganz im Einklang mit der chinesischen Position – Obdach, Gesundheit, Erziehung und das Recht auf Entwicklung.

Zhang Qiyue, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, unterstellte den USA hinsichtlich ihrer Kritik an der Menschenrechtslage in China denn auch „niedere Motive“ und wies die US-amerikanische Einschätzung als „völlig überzogen“ zurück. Sie machte deutlich, dass der von den USA eingebrachte Resolutionsentwurf für eine Verurteilung Chinas durch die 57. Session der Menschenrechtskommission aus chinesischer Sicht einen versuchten Eingriff der in die inneren Angelegenheiten Chinas „unter dem Vorwand der so genannten Menschenrechtsproblematik“ darstelle. Konfrontationen dieser Art seien geeignet, die Sache der Menschenrechte international zu behindern, und seien keineswegs hilfreich für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. China hoffe, die USA werden auf den „rechten Weg des Dialogs zurückkehren“.

Im Zentrum der chinesischen Verärgerung steht der jährliche Menschenrechtsbericht der US-Regierung. China wirft den Vereinigten Staaten vor, in ihrem Bericht für das Jahr 2000 190 Staaten an den Pranger zu stellen, die Menschenrechtslage im eigenen Land hingegen mit keinem Wort zu erwähnen. Dabei sollten die USA besser vor der eigenen Haustür kehren. Ein chinesischer Bericht thematisiert als Beispiele für die schlechte Menschenrechtslage in den USA:

DIE GEWALT UND DIE BEDROHUNG VON KINDERN – 80 Menschen würden in den USA täglich in bewaffneten Zusammenstößen getötet. Allein im vergangenen Jahr seien 31.000 Personen erschossen worden. Allein 5.000 Kinder seien getötet worden. Die Anzahl der Opfer unter 14 Jahren läge in den USA zwanzigmal höher als in 25 anderen Industriestaaten.

KLASSENUNTERSCHIEDE – Trotz des wirtschaftlichen Wachstums habe sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich ausgeweitet und sei ausgeprägter als in Entwicklungsländern. 12,7% der Bevölkerung lebten unter der Armutsgrenze. 46 Mio. Menschen besäßen heute keine Sozialversicherung, während es vor acht Jahren nur 30 Mio. gewesen wären.

RASSEDISKRIMINIERUNG – Der Anteil der Farbigen unter den Arbeitslosen sei doppelt so hoch wie der der Weißen. 98% der Richter seien weiß. Während der letzten 200 Jahre seien ca. 18.000 Personen mit dem Tode bestraft worden, darunter nur 38 Weiße.

PROBLEME DES ERZIEHUNGSSYSTEMS – Ein Fünftel der Absolventen amerikanischer Highschools seien nicht in der Lage zu lesen, was auf ihrem Abschlusszeugnis steht. 21 Mio. Amerikaner könnten nicht lesen, und 70% der Straftäter seien Analphabeten.

Von diesen Punkten abgesehen wirft der Bericht des Staatsrats den USA weiterhin vor, sie besäßen den größten Verteidigungshaushalt der Welt und hielten einen Anteil von einem Drittel aller militärischer Ausgaben weltweit. Darüber hinaus seien die USA der größte Waffenexporteur und vereinigten auf sich international 36% aller Waffenverkäufe. Außerdem bewiesen Zahlen, dass die Vereinigten Staa-

ten in den neunziger Jahren außerhalb ihres Territoriums in weltweit mehr als 40 Fällen Kriege geschürt hätten.

Der Resolutionsantrag der USA gegen die VR China wurde, ähnlich wie in den vergangenen Jahren, aufgrund eines Gegenantrags Chinas auf Nichtbefassung in der 57 Mitglieder zählenden UNO-Menschenrechtskommission gar nicht erst zur Diskussion gebracht. Mit der Hilfe insbesondere der Entwicklungsländer Afrikas und Asiens wurde die Behandlung des US-Antrags mit 22 gegen 18 Stimmen zurückgewiesen. (SZ, 19.3.01; ZXS, 20.3.01, nach BBC PF, 20.3.01; XNA, 28.2., 21.3.01; SCMP, 20.3.01; NZZ, 20.3.01; Jomhuri-ye Eslami, 28.2.01, nach FBIS, 11.3.01) -kg-

2 Reaktionen auf Chinas Militärhaushalt

In Reaktion auf „die drastischen Veränderungen der militärischen Situation weltweit“ und dem Erfordernis einer Erhöhung des Soldes für die Angehörigen der chinesischen Streitkräfte und paramilitärischen Einheiten wie der bewaffneten Polizei folgend, stimmte der NVK im März einer Erhöhung des chinesischen Militärhaushalts um 17,7% auf knapp 17,2 Mrd. US\$ für 2001 zu. Das chinesische Militärbudget beträgt damit trotz dieser größten Erhöhung während der letzten 20 Jahre insgesamt offiziell ca. 5,5% des derzeitigen Verteidigungshaushalts der USA bzw. 30% der Militärausgaben Japans.

Selbst davon ausgehend, dass sich die tatsächlichen Ausgaben aufgrund in Budgets anderer Ministerien versteckter oder außerbudgetärer Finanzmittel etwa auf das Dreifache der im offiziellen Haushalt ausgewiesenen Summe belaufen, wie von Experten allgemein angenommen wird, erscheinen die Verteidigungsaufwendungen für ein Land der Größe Chinas angemessen. China ist im Zusammenhang mit der längst überfälligen Modernisierung seiner Streitkräfte in der Tat auf eine Erhöhung der Bezüge von Militärangehörigen angewiesen, wollen die chinesischen Streitkräfte zukünftig auch das gut ausgebildete Personal rekrutieren können, das die modernen Waffensysteme auch bedienen kann und den Herausforderungen be-

waffneter Krisen im Hightech-Zeitalter intellektuell gewachsen sein soll.

Zurückhaltende internationale Beobachter sehen im Einsatz von modernster Waffentechnologie während des Golfkriegs sowie im Kosovo den eigentlichen Auslöser für die chinesische Erkenntnis, dass es einer umfangreichen Modernisierung seiner Arsenale und seiner militärischen Doktrin bedürfte, um mit den Mächtigen dieser Welt mithalten zu können und die China angemessen erscheinende Rolle im Konzert der Großmächte einnehmen zu können.

Aus den USA war als Reaktion auf die Erhöhung des chinesischen Verteidigungshaushalts von Außenminister Powell zu hören, er glaube nicht, dass sich aus diesem Schritt Chinas neue Konflikte ergeben würden. Man werde allerdings aufmerksam beobachten, ob aus dem gestiegenen Budget „eine Bedrohung der amerikanischen Interessen in der Asien-Pazifik-Region erwachsen könnten, oder es sich lediglich um einen notwendigen Schritt im Rahmen der Modernisierungsanstrengungen des chinesischen Militärs handle“.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhu Bangzao, betonte, China besitze, gemessen an BIP und Bevölkerungszahl immer noch eines der niedrigsten Verteidigungsbudgets der Welt. Mit Blick auf die USA sagte er, Chinas Militärausgaben stellten keinerlei Bedrohung der regionalen Sicherheit dar, China betreibe keine militärische Expansion, stationiere keine Truppen außerhalb des eigenen Territoriums, errichte keine militärischen Basen im Ausland und beteilige sich an keinem Rüstungswettlauf. Chinas nationale Verteidigung sei defensiver Natur. Allein die Erhöhung des Verteidigungshaushalts der USA belaufe sich auf 14 Mrd. US\$, was den gesamten Verteidigungsaufwendungen Chinas gleichkäme. Man solle in dieser Hinsicht international also mit gleichem Maß messen, wenn man die Budgeterhöhung für die chinesische Verteidigung kommentiere.

Taiwan hingegen nahm die Nachricht über den Zuwachs im chinesischen Militärhaushalt zum Anlass, auf stetig steigendes Bedrohungspotenzial der chinesischen Rüstung gegen die Insel hinzuweisen und seinem Wunsch an die USA nach der Lieferung moder-

ner Waffensysteme einschließlich des Luftabwehrsystems Aegis und Patriot-Raketen Nachdruck zu verleihen. Die Reaktionen aus den USA darauf fielen ambivalent aus. Neben Unterstützung für die taiwanischen Wünsche wurde auch Skepsis laut. Verstärkte Lieferungen moderner Waffen an Taiwan könne erst einen Rüstungswettlauf heraufbeschwören, dessen Resultat letztlich exakt der Konflikt sein könne, den man eigentlich verhindern wolle: Kriegerische Akte zwischen der VR China und Taiwan, die zur Zerstörung Taiwans führen könnten.

Kommentatoren aus Hongkong betonten, Beijing sei sich der wachsenden militärischen Kapazitäten potenzieller regionaler Rivalen bewusst und reagiere daher mit größeren Verteidigungsanstrengungen. In diesem Zusammenhang wurden die modernen Arsenale Japans, Südkoreas und Taiwans aus US-amerikanischer Produktion ebenso genannt wie Waffensysteme aus Russland, mit denen sich Vietnam und Indien ausrüsten, die aber auch China verstärkt erwirbt (vgl. C.a., 2001/2, Ü 31).

Von Seiten der ASEAN-Länder beobachtet man bereits seit längerer Zeit besorgt die potenzielle militärische Rivalität zwischen China und den USA. So waren die Teilnehmer der ASEAN-Außenministerkonferenz bereits letzten Juni in Bangkok wenig begeistert von den Plänen der USA für einen Raketenabwehrschirm. Die US-Pläne wurden als eindeutig gegen China gerichtet interpretiert. Allgemein herrscht auch der Eindruck, die USA schenken der ASEAN nicht ausreichend Beachtung. Obwohl China unter den ASEAN-Staaten in den letzten Jahren erheblich punkten konnte und die ursprünglich antichinesische Haltung in der ASEAN neutralisieren konnte, trägt die Erhöhung des Militärhaushalts der größten Regionalmacht keineswegs zur Beruhigung in Südostasien bei. Auf einem Treffen hochrangiger Regierungsvertreter Mitte März in Ho Chi Minh City wurde zunächst diskutiert, mit welcher Strategie die Staatengruppe der Konkurrenzsituation zwischen China und den USA am besten begegnen könne.

In der veröffentlichten Meinung Indiens wurde die Erhöhung des chinesi-

schon Militärhaushalts in Verbindung mit den US-Plänen für das Nationale Raketenabwehrsystem NMD gebracht. Dieses stehe den chinesischen Plänen im Wege, im neuen Jahrhundert zu einer Supermacht aufzusteigen und der unipolaren Weltlage ein Ende zu bereiten. Die Notwendigkeit der Modernisierung wird allerdings auch hier anerkannt. Problematisch erscheint Indien jedoch die militärische Zusammenarbeit zwischen Beijing und Moskau, insbesondere, da auch Indien langjähriger Kunde der russischen Waffenproduktion ist.

Aus Japan wurde verlautbart, die japanische Regierung wolle Beijing auffordern, die tatsächliche Höhe aller Verteidigungsaufwendungen offen zu legen. Man wisse, dass Aufwendungen für die Entwicklung von neuen Waffen und Ausrüstung nicht Bestandteil des Verteidigungshaushalts seien, sondern vielmehr aus gesonderten Kassen beglichen werden. Das Außenministerium legte den Entwurf eines Weissbuchs über Japans Entwicklungshilfe vor, in dem gefordert wird, Japan solle seine Prioritäten in den Hilfeleistungen an China klarer formulieren. Vertreter der regierenden LDP meinten, Japan solle als wichtigstes Geberland der VR China seine Hilfeleistungen vor dem Hintergrund der Erhöhung der chinesischen Verteidigungsaufwendungen überprüfen. (IHT, 6.3.01; ZXS, 11.3.01, nach BBC PF, 11.3.01; *Sankei Shinbun* online, 1.3.01, nach FBIS, 8.3.01; ZXS, 8.3.01, nach FBIS, 8.3.01; CNAT, 6.3.01, nach FBIS, 6.3.01; *Hong Kong iMail*, 13.3.01, nach FBIS, 13.3.01; DGB online, 9.3.01, nach FBIS, 9.3.01; *The Pioneer*, 12.3.01, nach FBIS, 12.3.01; Kyodo News Service, 9.3.01, nach BBC PF, 9.3.01) -kg-

3 Luftkollision über dem Südchinesischen Meer

Am 1. April dieses Jahres ereignete sich am Rande des chinesischen Luftraums ca. 100 km südöstlich der südchinesischen Insel Hainan eine Kollision zwischen einem chinesischen Abfangjäger und einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug des Typs EP-3. Die amerikanische Propellermaschine mit modernster Spionageausrüstung an Bord war von der Kadena Air

Base in Okinawa gestartet und befand sich nach amerikanischen Angaben auf einem Routineaufklärungsflug entlang des chinesischen Luftraums.

Um 9.15 Uhr Ortszeit kollidierte das Aufklärungsflugzeug unter bislang noch nicht geklärten Umständen mit einem von zwei chinesischen Abfangjägern. Während der Pilot des dabei abgestürzten chinesischen Flugzeugs, der noch mit dem Schleudersitz aussteigen konnte, nach tagelanger Suchmission nicht gefunden werden konnte und als tot gilt, gelang es der amerikanischen Spionagemaschine, trotz erheblicher Schäden auf dem Militärflughafen Lingshui auf der Insel Hainan notzulanden. Die amerikanische Crew blieb unverletzt.

An den Vorfall schloss sich ein diplomatisches Tauziehen mit gegenseitigen Schuldzuschreibungen für den von beiden Seiten als Unfall definierten Zwischenfall an. China gab der US-Maschine die Schuld für die Kollision, kritisierte mit starken Worten das anschließende Eindringen in den chinesischen Luftraum und die nicht ausdrücklich vorab autorisierte Landung auf chinesischem Boden. Die chinesische Regierung verlangte eine formale Entschuldigung, die die amerikanische Regierung nicht zu geben bereit war.

Die 24-köpfige Crew der EP-3 wurde nach der Landung in einem Gästehaus untergebracht. Kontakt zu diplomatischen Vertretern der USA wurde erst nach mehr als 60 Stunden gestattet. In der Zwischenzeit hatten chinesische Spezialisten die amerikanische Maschine inspiziert, wogegen wiederum Proteste aus Washington kamen, weil man dort auf dem Standpunkt stand, das US-Flugzeug besitze extraterritorialen Status. Dieses negierten die Chinesen unter Hinweis auf das illegale Eindringen in den chinesischen Luftraum im Anschluss an die Kollision in der Luft.

Zu Redaktionsschluss hielt das diplomatische Tauziehen um die Herausgabe der beschädigten Aufklärungsmaschine, die Freilassung der amerikanischen Crew und die von chinesischer Seite als Voraussetzung für jedes Entgegenkommen geforderte offizielle Entschuldigung der USA noch an (vgl. den Bericht in der nächsten Ausgabe). (NZZ, 2.4., 3.4., 4.4.01; Kyodo News Service, 1.4.01, nach BBC PF, 1.4.01;

Kyodo News Service, 1.4.01, BBC PF, 2.4.01; China Central TV, 1.4.01, nach BBC PF, 2.4.01; Xinhua, 1.4.01, nach BBC PF, 2.4.01; Xinhua, 3.4.01, nach BBC PF, 4.4.01) -kg-

4 Erneuter Konflikt um Scarborough Shoal

Die Regierung der Philippinen erhob im März erneut den Vorwurf, chinesische Fischer seien in philippinisches Territorium rund um Scarborough Shoal eingedrungen, obwohl das philippinische Militär in der Region in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden war (vgl. C.a., 2001/2, Ü 8). Mitte März enterte die philippinische Marine in dem Seegebiet erneut 10 chinesische Trawler, die dort fischten und nach philippinischer Darstellung in internationale Gewässer zu entkommen suchten.

Aufgrund der jüngsten Vorkommnisse präzisierten die Philippinen ihre Vorwürfe an China. Es hieß, die chinesischen Fischer hätten unabhängig von dem illegalen Eindringen in philippinisches Seegebiet auch international verbotene Fischereitechniken eingesetzt und geschützte und seltene Arten gewildert. Man sei weiterhin sehr besorgt über die Zerstörung von Korallen. Als die philippinische Marine die chinesischen Trawler enterte habe man dort neben ca. 50 Schalen einer bedrohten Riesenmuschelart und diversen Säcken mit Fleisch dieser Muschel auch Dynamitstangen, elektrische Zünder, Zeitzünder und Zyanid aufgefunden und beschlagnahmt. Obwohl damit deutliche Indizien für die Anwendung illegaler und zerstörerischer Fischereitechniken vorgelegen hätten, habe man keine Festnahmen veranlasst.

In einer Protestnote, die der chinesischen Botschaft in Manila vom philippinischen Außenministerium zugestellt wurde, wurde Beijing in diesem Zusammenhang dazu aufgefordert, sich an die Vereinbarungen zu halten, die von den Anrainern der umstrittenen Gebiete des Südchinesischen Meeres Zurückhaltung verlangten.

China seinerseits warnte die Philippinen vor Repressionen gegen chinesische Fischer, die im Gebiet um Scarborough Shoal lediglich ihren lega-

len Tätigkeiten auf chinesischem Territorium nachgingen. Beijing betonte, dass es sich bei den kritisierten Fischereimethoden um auch in China verbotene kriminelle Praktiken handle und man der Sache nachgehen wolle. In Reaktion auf die philippinische Protestnote wurde auch der philippinische Botschafter in China, Josue Villa, in das chinesische Außenministerium einbestellt. Von Seiten der Philippinen wurde mit Empörung darauf reagiert, dass ihr Botschafter im chinesischen Außenministerium von einem Gesprächspartner empfangen wurde, dessen Rang lediglich dem eines Untersekretärs entsprach.

Die chinesische Regierung äußerte daneben auch ihr Missfallen über die trilateralen Marineübungen, die unter Beteiligung der Philippinen, Thailands und der Vereinigten Staaten vom 19. bis 23. März in unmittelbarer Nähe zu dem umstrittenen Seegebiet abgehalten wurden.

Aus Manila hieß es anschließend seitens des Nationalen Sicherheitsberaters Roilo Golez, Präsidentin Arroyo habe das Kabinett angewiesen, längerfristige Maßnahmen und Strategien zu erarbeiten, um den schwelenden Territorialkonflikt mit China beizulegen. Während Arroyo auf mögliche gemeinsame bilaterale oder multilaterale Entwicklungsanstrengungen in dem Seegebiet um Scarborough Shoal hinwies, betonte Golez, dass derartige Unternehmungen nicht notwendigerweise auch unter Beteiligung Chinas realisiert werden müssten.

Es wird allgemein erwartet, dass das Thema Scarborough Shoal ein wichtiger Gegenstand der Gespräche sein wird, die der philippinische Vize-Präsident und Außenminister Teofisto Guingoa am Rande des kommenden ASEM-Treffens in China im Mai mit der chinesischen Regierung führen wird. Auch Präsidentin Arroyo kündigte bereits an, das Problem während ihres für Oktober geplanten Besuchs in Shanghai mit ihren chinesischen Gesprächspartnern erörtern zu wollen. Die Präsidentin betonte, die Spratly-Frage sei ein Ärgernis im Rahmen der ansonsten exzellenten bilateralen Beziehungen zwischen den Philippinen und China. Beide Regierungen seien sich einig darüber, dieses Problem im Geiste der Kooperation

und nicht konfrontativ anzugehen. Sie tendiere jedoch dazu, eine multilaterale Lösung anzustreben. (AFP, 15.3.01, nach FBIS, 15.3.01; ZXS, 19.3.01, nach BBC PF, 19.3.01; *The Philippine Star* online, 19.3.01, nach BBC PF, 19.3.01; *The Philippine Star* online, 20.3.01, nach BBC PF, 20.3.01; *The Philippine Star* online, 22.3.01, nach BBC PF, 22.3.01; *Philippine Daily Inquirer*, 21.3.01, nach FBIS, 21.3.01) -kg-

5 Achillesferse Xinjiang

Der Austausch mit den zentralasiatischen Nachbarstaaten wird zunehmend durch gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität, Terrorismus und Separatismus geprägt. China ist besorgt, dass die wachsende Unterstützung für extremistische Bewegungen, die aus Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan berichtet werden, auch extremistische Moslemseparatisten in der mehrheitlich von muslimischen Uiguren sowie weiteren Turkvölkern gleichen Glaubens bewohnten Autonomen Region Xinjiang stärken könnte. China ist daher sehr daran interessiert, in die Anstrengungen der zentralasiatischen Länder zur Koordinierung ihrer Politik einbezogen zu werden und lässt sich dies einiges kosten. China ist größtes Geberland von Militärhilfe in der Region.

Die gemeinsamen Anstrengungen in der Bekämpfung des Terrorismus war so auch am 23. März prominentes Thema während der Gespräche des kirgisischen Innenministers Tashtemir Aytbajew mit Luo Gan, Mitglied des Staatsrats, und Jia Chunwang, Minister für Öffentliche Sicherheit. Aktueller Anlass war die Verurteilung und Hinrichtung eines uighurischen Terroristen in Kirgistan für terroristische Bombenanschläge, die er gemeinsam mit zwei weiteren aus China stammenden Uiguren, einem türkischen und einem kasachischen Staatsbürger Ende Mai und Anfang Juni 1998 begangen haben soll. Die beiden Bombenanschläge hatten in der kirgisischen Stadt Osh vier Todesopfer gefordert, 12 Menschen waren verletzt worden. Dem Vernehmen nach sind die Terroristen Angehörige der „Front for the Liberation of East Turkestan“, deren

Ziel die Abtrennung Xinjiangs von der VR China ist.

In einem weiteren Zwischenfall starben kürzlich zwei ebenfalls als Terroristen bezeichnete Uighuren aus Xinjiang in einem Schusswechsel, als die Polizei ihren Unterschlupf in einer Wohnung in Alma Ata stürmte.

Im Kampf gegen islamische Separatisten wird auch der enge Freund Pakistan bemüht. Nach Berichten aus Peshawar hätte das Innenministerium in Islamabad befohlen, islamistische Rebellen aus China aufzuspüren. Es hieß, in China lägen Erkenntnisse vor, dass muslimische Rebellen aus Xinjiang im Lagern der Taliban in Afghanistan ausgebildet würden. China habe die pakistanischen Behörden daher darum gebeten, Hilfestellung bei der Aufspürung dieser Personen zu leisten. Der pakistanische Geheimdienst habe daraufhin bei offiziellen Stellen im afghanischen Jalalabad um Aufklärung gebeten.

Das chinesische Hilfeersuchen könnte Pakistan in der zweiten Märzhälfte erreicht haben, als der pakistanische Innenminister Haider sich zu einem sechstägigen Besuch in China aufhielt. Ein Thema war hier die Bitte Pakistans um Unterstützung bei der Ausbildung seiner paramilitärischen Einheiten. Daneben wurde ein Auslieferungsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet, mit dem dem Vernehmen nach in erster Linie der grenzüberschreitende Schmuggel zwischen beiden Staaten bekämpft werden soll.

Bereits seit mehreren Jahren ist der illegale Grenzübertritt von Pakistan nach China, die Nutzung gefälschter Visa sowie der Schmuggel von Falschgeld und Waffen über die chinesisch-pakistanische Grenze nach Xinjiang ein Dorn im Auge der chinesischen Regierung. Beijing betrachtet die von pakistanischem Boden ausgehenden illegalen grenzüberschreitenden Aktivitäten als einen wichtigen Unruhefaktor in Xinjiang. Bislang hatte sich die pakistanische Regierung als außerstande erwiesen, erfolgreich gegen Schmuggel und illegale Grenzüberschreitungen vorzugehen. Die chinesische Botschaft in Islamabad war daher angewiesen worden, restriktiver bei der Erteilung von Visa für pakistanische Staatsbürger zu sein, wodurch inzwi-

schen selbst pakistanische Geschäftsleute nur schwer ein Visum bekommen.

Da die pakistanische Regierung die lange Freundschaft zwischen Pakistan und China nicht aufs Spiel setzen wolle, seien nunmehr auf pakistanischer Seite Schritte zu einer Verschärfung des Grenzregimes ergriffen worden. Illegale Grenzübertritte würden streng geahndet. Darüber hinaus wurde jetzt eine gemeinsame chinesisch-pakistanische Taskforce gebildet, die auch dem Schmuggel aus Afghanistan nach China einen Riegel verschieben soll. (IHT, 11.3.01; *Pakistan Observer*, 19.3.01, nach FBIS, 19.3.01; *Rawalpindi Jang*, 26.3.01, nach FBIS, 26.3.01; *Ausaf*, 18.3.01, nach BBC PF, 18.3.01; *Xinhua*, 23.3.01, nach BBC PF, 23.3.01; *Nezawisimaja Gazeta*, 23.3.01, nach BBC PF, 27.3.01) -kg-

6 Zankapfel japanische Schulbücher

Der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Yi nannte es „Sabotage“ an den bilateralen Beziehungen, der Chef der chinesischen Luftwaffe, General Liu Shun Yao, artikulierte während seines Besuchs in Japan Ende Februar Besorgnis, und Außenminister Tang Jiaxuan äußerte jüngst auf einer Pressekonferenz, China beobachte sehr genau und gewissenhaft und habe seinen Standpunkt über diplomatische Kanäle unmissverständlich klargemacht. Die Diskussion um die Neufassung der japanischen Schulbücher und deren Darstellung der japanischen Aggression im Zweiten Weltkrieg ist damit erneut zu einem diplomatischen Problem avanciert.

Die heftigen Reaktionen aus Beijing – und auch aus Seoul – waren von japanischen Medienberichten ausgelöst worden, wonach das japanische Erziehungsministerium ein Geschichtsbuch für den Einsatz in der Junior High School des Landes akzeptieren werde, das von Mitgliedern eines 1997 gegründeten „Committee to Create New History Textbooks“ verfasst wurde. Diese Gruppe hatte sich mit dem Ziel konstituiert, u.a. Hinweise auf das unter der Bezeichnung *Comfort Women* bekannte Phänomen der Zwangsprostitution im Zweiten Weltkrieg aus japanischen Schulbüchern zu tilgen. Be-

reits Ende Februar war bekannt geworden, dass die zuständige Kommission im Erziehungsministerium nun eine Textfassung genehmigen wolle, die keinerlei Hinweis mehr auf diese von der japanischen Armee praktizierte Form der sexuellen Versklavung enthalte.

Die Kritik richtet sich darüber hinaus allgemein gegen die erkennbare Tendenz, in dem Schulbuch verschiedene Aktionen des japanischen Militarismus nachträglich zu rechtfertigen und schönzufärben. So heißt es, der Zweite Weltkrieg werde nicht mehr als solcher, sondern als „Greater East Asian War of the Co-Prosperity Sphere“ bezeichnet. Japans Rolle in diesem Krieg sei die „der Kraft, die asiatischen Ländern half, sich von der Kolonialherrschaft zu befreien“. Dem Vernehmen nach rechtfertigte der Text des Geschichtsbuchs die japanische Invasion in Südostasien als „Sieg über die westlichen Mächte, der es den Ländern der Region erlaubte, nach dem Krieg ihre Unabhängigkeit zu erlangen“.

Aus chinesischer Sicht besonders verwerflich sind das völlige Verschweigen der Gräueltaten der für ihre Menschenversuche in Nordchina berüchtigten Spezialeinheit 731 der japanischen kaiserlichen Armee sowie der offensichtliche Versuch der Schönfärberei im Zusammenhang mit dem Massaker von Nanjing, in dem 1937 mehrere hunderttausend Menschen der japanischen Armee zum Opfer gefallen waren. Zu Nanjing heißt es nach Berichten der japanischen Zeitung *Mainichi Shinbun* in dem kritisierten Schulbuchentwurf, der Kriegsverbrecherprozess von Tokio habe darauf erkannt, dass die japanischen Streitkräfte viele Chinesen getötet hätten. Angesichts offener Fragen hinsichtlich der historischen Dokumentation, werde die Debatte um die wahren Ausmaße der Tötungen jedoch selbst heute noch weitergeführt. Diese Textfassung sei bereits die auf innerjapanischen und internationalen Druck zu Stande gekommene revidierte Fassung. Ursprünglich habe der Textvorschlag gelautet: „Selbst wenn es einige Tötungen gegeben habe, es wäre schließlich Krieg gewesen. Es sei kein Holocaust gewesen.“

Aus dem chinesischen Außenministerium wurde dem japanischen Interims-

botschafter in Beijing, Nomoto Yoshio, Anfang März bedeutet, China und Japan könnten ihre Beziehungen ausschließlich auf der Basis eines „gemeinsamen Verständnisses entwickeln, die Geschichte als Spiegel zu begreifen und in die Zukunft zu blicken“. Der Schulbuchtext werde mit Sicherheit starke Entrüstung in der chinesischen Bevölkerung hervorrufen. Ein Schulbuch, das in dieser eklatanten Weise die japanische Invasion leugnet und die Geschichte schönfärbt, müsse gestoppt werden.

Kritik gegen die Verdrehung der historischen Realität wurde verschiedentlich auch in Japan laut. So hatten sich drei Veteranengruppen mit einer Eingabe gegen die Annahme des Schulbuches an das Erziehungsministerium gewandt. Eine Gruppe japanischer Intellektueller, darunter auch der mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnete Schriftsteller Kenzaburo Oe und die Witwe des früheren japanischen Premierministers Miki, veröffentlichte am 16. März eine Stellungnahme, in der sie das Verschweigen der sexuellen Versklavung der *Comfort Women* und insbesondere das Fehlen „aufrichtigen Bedauerns und einer Entschuldigung“ für die japanische Aggression kritisierten.

Insgesamt scheint jedoch der historische Revisionismus, dessen Ausdruck das umstrittene Schulbuch ist, in Japan auf dem Vormarsch zu sein. So wiesen 80 Abgeordnete der japanischen Regierungspartei LDP Anfang März in einer Stellungnahme jegliche Kritik aus dem asiatischen Ausland als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Japans zurück. Diese Art der Reaktion auf die Kritik aus dem Ausland ist jedoch nicht auf die Falken der LDP beschränkt. Auch die größte Tageszeitung Japans, *Yomiuri Shinbun*, donnerte speziell gegen die chinesische Regierung ob ihrer Kritik gegen Japan. (Kyodo News Service, 28.2.01, nach BBC PF, 1.3.01; XNA, 4.3., 7.3., 24.3.01; WSJ, 15.3.01) -kg-

7 Kooperation mit Thailand und Mekong-Anrainern

Der Außenminister der neuen thailändischen Regierung, Surakiat Sathirathai, besuchte Ende März als erstes Land außerhalb der ASEAN die

VR China. Nach eigenen Angaben war dieses Reiseziel gewählt worden, um China zu signalisieren, welchen hohen Stellenwert die Beziehungen zur Volksrepublik in der Außenpolitik der neuen Regierung besitze. Da Chinas Außenpolitik nach eigenem Bekunden darauf angelegt sei, die intra-asiatische Kooperation zu fördern, wolle Thailand seinerseits die Initiative für einen so genannten Asian Cooperation Dialogue ergreifen, der die Staaten des südasiatischen Subkontinents, die ASEAN sowie die Länder Ostasiens enger zusammenführen soll.

Noch vor seiner Abreise nach China hatte Surakiat Sathirathai erklärt, die neue thailändische Regierung werde ihre Außenpolitik in einer asiatischen Weise betreiben, den Partnern *Gesicht* geben anstatt die Konfrontation zu suchen. Dieser Vorsatz wird auch Jiang Zemin erfreut haben. Nach seinem Zusammentreffen mit dem thailändischen Außenminister in Beijing betonte er, es sei Chinas fester Wille, die Beziehungen zu Thailand in gutnachbarschaftlicher Weise und auf der Basis gegenseitigen Vertrauens zu einer umfassenden Kooperation zwischen beiden Ländern auszubauen. Bereits jetzt könne das Verhältnis zu Thailand Modellcharakter beanspruchen.

Jiang wird dabei mehr die wirtschaftliche Kooperation im Mekong-Gebiet im Auge gehabt haben als die Probleme, die die thailändische Regierung derzeit umtreibt. Thailand sucht dringend die Unterstützung Chinas im Kampf gegen die Flut illegaler Drogen, die das Land aus Myanmar überschwemmt. So geht man in Thailand davon aus, dass der hohe burmesische Ausstoß an Amphetaminen für den illegalen Weltmarkt harter Drogen durch umfangreiche Lieferungen von chemischen Vorprodukten aus chinesischen Fabriken, die für die Herstellung der Drogen unerlässlich sind, erst ermöglicht wird. Von chinesischer Seite fehlt bislang allerdings ein deutliches Signal der Bereitschaft, den Export dieser Chemikalien nach Myanmar einzuschränken oder zu unterbinden.

Mit zwiespältigen Gefühlen blickt man in Thailand in diesem Zusammenhang auch auf die großen gemeinsamen Infrastrukturprojekte mit China. Insbesondere der Ausbau der Ver-

kehrswege zwischen den Anrainern des Mekong zu Land und zu Wasser birgt aus thailändischer Sicht auch die Gefahr der Ausweitung des Schmuggels von illegalen Migranten und Drogen.

Darüber hinaus geht man in Thailand davon aus, dass China der größte Nutznießer beispielsweise der Verbesserung der Schiffbarkeit des Mekong sein wird. Abgesehen von ökologischen Risiken, die die anstehende Sprengung von elf Inseln in der Fahrrinne für die Anrainer am Unterlauf des Mekong mit sich bringen wird, fürchtet Thailand auch, künftig von konkurrenzlos billigen chinesischen Produkten überschwemmt zu werden. China werde auch als Besitzer der größten Binnenschiffsflotte der Region am stärksten profitieren. Thailand ist daher bemüht, im Rahmen eines kürzlich zwischen China, Thailand, Myanmar und Laos unterzeichneten und ab Juni dieses Jahres geltenden Navigationsabkommens Steuer- und Zollpräferenzen für den Verkauf seiner Produkte auf dem chinesischen Markt zu erwirken. China lehnt ein derartiges Entgegenkommen bislang mit dem Hinweis ab, Laos und Myanmar, für die eine solche Regelung gelte, teilten eine gemeinsame Grenze mit der Volksrepublik, was für Thailand nicht zutreffe.

Jiang Zemin erklärte in diesem Zusammenhang, „einsichtige Staatsmänner der Welt sollten erkennen, dass aus dem potenziellen großen chinesischen Markt ein realer werde, wenn China sich weiterentwickle, und dass ein entwickelteres China einen größeren Beitrag zur Weltwirtschaft leisten werde“.

Neben der Verbesserung der Schiffbarkeit des Mekong existieren weitere Verkehrsprojekte in der Region. Die so genannte Pan-Asian Railway soll zukünftig die südwestchinesische Provinz Yunnan via Laos, Thailand und Malaysia mit Singapur verbinden. Während es sich dabei um eine längerfristige Planung handelt, ist der Ausbau des Straßennetzes in Yunnan während der letzten fünf Jahre mit ungekannter Geschwindigkeit betrieben worden. Für die Fertigstellung einer Autobahnverbindung zwischen der Provinzhauptstadt Kunming und der thailändischen Hauptstadt Bangkok bedarf es auf chinesischem Boden lediglich der Errichtung eines 200 km langen Teilstücks. Insbesondere in

Yunnan ist man an einer zügigen Fertigstellung interessiert, hat man dort doch die unzureichende Entwicklung der Verkehrswege als spezifisches Entwicklungshindernis identifiziert. So erwartet sich Yunnan von dem Ausbau des grenzüberschreitenden Verkehrs wichtige Entwicklungsimpulse für seinen Außenhandel.

Auch in Thailand hofft man auf positive Impulse für den Norden des Landes. Gern würde man es sehen, wenn dort der Barter-Handel mit dem Südwesten Chinas etabliert werden könnte. (*Bangkok Post* online, 12.3.01, nach FBIS, 12.3.01; *Bangkok Post* online, 24.3.01, nach FBIS, 24.3.01; XNA, 7.3., 15.3., 24.3.01; *The Nation* online, 24.3.01, nach FBIS, 24.3.01; *The Nation* online, 24.03.01, nach BBC PF, 24.3.01) -kg-

8 Mit Süd-Korea gegen den „Gelben Staub“

Der so genannte „Gelbe Staub“, der jedes Jahr aufs Neue über den Nordosten Chinas nach Süd-Korea zieht, war erstmalig Gesprächsthema des Gemeinsamen Komitees für Umweltzusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und Süd-Korea. In der Vergangenheit hatte die chinesische Seite den Gelben Staub, der seinen Ursprung in der Wüste Gobi hat und jedes Frühjahr in großen Mengen vom Wind herbeigetragen wird, als natürliches Phänomen eingestuft. Ein Sprecher des süd-koreanischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Handel (MOFAT) hatte aus diesem Grund im Vorfeld des siebten Treffens des Gemeinsamen Komitees in der zweiten Märzhälfte noch Bedenken geäußert, ob die chinesische Delegation überhaupt bereit sein würde, das Thema auf die Agenda zu setzen.

China akzeptierte jedoch nicht nur den Themenvorschlag, sondern stimmte der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Bekämpfung des Phänomens zu. Zu diesem Zweck soll Korea im April zunächst Ergebnisse seiner bisherigen Studien vorlegen. Im zweiten Quartal 2001 soll dann ein bilaterales Expertentreffen folgen.

Der Grund für das Entgegenkommen der chinesischen Seite dürfte darin zu suchen sein, dass dieses „natürliche Phänomen“ zunehmend die wachsen-

de Computerindustrie Nordchinas bedroht. In Süd-Korea klagt man schon seit längerem, der Staub führe zu Problemen für die dortige Halbleiter- und Flugzeugindustrie, deren Produkte unter Reinraumbedingungen hergestellt werden.

China plane nach Angaben der Delegation auch Gespräche mit der Mongolei als Hauptursprungsort des Phänomens. Zu dem Treffen, dass die chinesische Seite für Juni anvisiert, lud Wang Jiazhi, Leiter der chinesischen Delegation und Chef der Abteilung für internationale Zusammenarbeit in der chinesischen Umweltschutzbehörde, auch Süd-Korea ein.

Der Gelbe Staub wird mit den Frühlingswinden aus der Wüste Gobi herbeigetragen. Über den Schwermetallzentren Nordostchinas werden Schwermetallstäube und weitere Toxine aufgenommen. Das Phänomen stellt damit nicht nur eine Bedrohung für die Präzisionsmaschinen der Hochtechnologie-Industrien, Mikrochips und Flugzeuge dar, sondern birgt auch erhebliche Gesundheitsgefahren. Besonders die Bestandteile Silizium, Kadmium, Blei und Aluminium sind geeignet, Augen, Atmungsorgane und Kreislauf zu schädigen.

Ob die gemeinsame Initiative Früchte tragen wird, ist allerdings offen. Trotz bereits vierjähriger Forschungen auf dem Gebiet der Luft- und Meeresverschmutzung sind koreanische und chinesische Experten bislang lediglich damit beschäftigt, die gesammelten Daten zu organisieren und auszutauschen. Von gemeinsamen Plänen und Strategien, die Probleme zu bekämpfen, ist man noch sehr weit entfernt.

Obwohl die Zahl der gemeinsamen Projekte, die sich u.a. mit dem Einfluss des Sauren Regens auf den Wald beschäftigen, von sieben auf elf ausgeweitet wurde, sind Zweifel an dem Nutzen der Veranstaltung angebracht. Im Mittelpunkt stehen dabei finanzielle Fragen. Süd-Korea hat für den Zeitraum 2001-2005 5 Mio. US\$ an Hilfgeldern für den Umweltschutz in China reserviert, die im selben Umfang mit Krediten ergänzt werden sollen. In welchem Maße China Haushaltsmittel bereitstellen wird, ist jedoch unklar. (Yonhap, 20.3.01, nach FBIS, 20.3.01; Yonhap, 24.3.01, nach BBC PF, 24.3.01) -kg-

9 Präsident von Djibouti in China

Ismail Omar Guelleh, Staatspräsident des ostafrikanischen Kleinstaats Djibouti am Golf von Aden, hielt sich mit einer Delegation von Unternehmern seines Landes zu einem Besuch in China auf. Zhu Rongji, der den afrikanischen Staatsgast am 22. März empfing, drückte Guelleh gegenüber die chinesische Dankbarkeit für die Unterstützung Djiboutis für China in Fragen der Menschenrechte und anderer internationaler Fragen aus. Eine Verurteilung Chinas wegen der Verletzung der Menschenrechte scheitert im Rahmen der Vereinten Nationen regelmäßig nicht zuletzt aufgrund der Voten vieler afrikanischer Staaten.

Zhu betonte, China messe in den bilateralen Beziehungen mit Djibouti insbesondere der wirtschaftlichen Kooperation großes Gewicht bei, wolle mit dem afrikanischen Land gemeinsam nach Möglichkeiten für eine Ausweitung dieser Zusammenarbeit suchen und werde im Rahmen der eigenen Möglichkeiten auch weiterhin wirtschaftliche Hilfe leisten. Beide Staatsmänner identifizierten die Ausbeutung von Ölvorkommen und anderen natürlichen Ressourcen sowie den Bau von Hafenanlagen in Djibouti als vielversprechende Felder für eine Kooperation.

Auf einer Wirtschaftsveranstaltung im Rahmen des Staatsbesuchs trafen ca. 100 Geschäftsleute aus China und Djibouti zusammen. Chinesische Firmen begannen erst vor wenigen Jahren damit, Investitionsmöglichkeiten in dem afrikanischen Staat auszuloten. Bisher existieren bilaterale Verträge oder Absichtserklärungen für den Bau einer pharmazeutischen Fabrik, für ein Zementwerk und die Produktion von Geländewagen. Djibouti hofft auf weitere Projekte in der Produktion von Baumaterialien, Perlit- und Salzprodukten sowie im Warentransport.

Über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus pflegt China auch eine militärische Zusammenarbeit mit dem strategisch günstig gelegenen Kleinstaat, die nach den Worten von Fu Quanyou, Mitglied der Zentralen Militärkommission, weiter ausgebaut werden soll.

Jiang Zemin, der den Präsidenten Djiboutis ebenfalls empfing, betonte, dass die Afrikapolitik schon immer ein wichtiger Bestandteil der „unabhängigen Außenpolitik“ Chinas gewesen sei. Besonders hob er hervor, dass die afrikanischen Länder wichtige Schritte auf dem Weg vorangekommen seien, die Angelegenheiten ihres Kontinents selbst zu lösen. China habe mit dem Sino-afrikanischen Kooperationsforum im vergangenen Jahr dokumentiert, dass es Afrika immer unterstütze, wofür China auch große Anerkennung seitens der afrikanischen Länder erfahren habe. (XNA, 22.3., 23.3., 24.3.01) -kg-

Innenpolitik

10 Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz

In der ersten Märzhälfte fanden in Beijing die Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses (5.-15. März) und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (3.-11. März) statt. Eine Analyse der wichtigsten Inhalte sowie der politischen Implikationen findet sich in dem Beitrag „Loyale Ambitionen. Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses“ in diesem Heft. Zu dem Zehnten Fünfjahresplan für die Jahre 2001-05, der im Mittelpunkt der Agenda stand, vergleiche den Beitrag von Margot Schüller ebenfalls in diesem Heft. -hol-

11 Außerordentliche Einberufung einer Zentralen Arbeitskonferenz in Beijing

Bereits Mitte Februar war in Beijing eine Zentrale Arbeitskonferenz einberufen worden, die damals in der offiziellen Presse – abgesehen von dem Hinweis, dass es sich um ein „wichtiges“ Ereignis gehandelt habe – nur eine sehr knappe Erwähnung fand. Erst im Lauf des Monats März sind in den Hongkonger und internationalen Medien einige Informationen über die Inhalte der Tagung bekannt geworden.

Für gewöhnlich ruft das Politbüro der KPCh Zentrale Arbeitskonferenzen (*zhongyang gongzuo huiyi*) im Vorfeld von Plenartagungen des Zentralkomitees zusammen. Regelmäßig finden Zentrale Arbeitskonferenzen im Sommer statt, wenn die Partei- und Staatsführung in dem Badeort Beidaihe zusammenkommt. Die diesmalige Einberufung einer solchen Konferenz im Februar deutet darauf hin, dass die Führung einen besonders dringlichen Bedarf sah, zumal erst im Januar eine erweiterte Tagung des Politbüros stattgefunden hatte.

Nach nicht offiziellen Angaben nahm an der dreitägigen Konferenz vom 12. bis 14. Februar ein sehr großer Kreis von über 2.000 Personen teil. Dieser setzte sich aus hochrangigen Vertretern aller Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Regionen, allen Ministerien und sonstigen Organen des Staatsrats, den verschiedenen Waffengattungen des Militärs, des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes sowie der Volksgerichtshöfe und Volksstaatsanwaltschaften zusammen. Außer Frau Wu Yi, die sich auf einer Auslandsreise befand, waren alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros anwesend. Sämtliche sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses hielten auf der Tagung Reden.

Wie den Quellen zu entnehmen ist, bestand der Hauptzweck der Konferenz darin, die Einigkeit der Parteiführung angesichts drängender Herausforderungen zu beschwören. Motto aller Beiträge soll gewesen sein, dass man sich in Zukunft „noch enger“ um Jiang Zemin als den „Kern“ der Parteiführung scharen wolle. Im Vordergrund sollen dabei der Falungong-Konflikt, der im Januar erneut eskaliert war, sowie die Veröffentlichung der *Tiananmen-Akte* (vgl. dazu Übersicht unten) ebenfalls im Januar gestanden haben. Im Kontext dieser beiden Themen soll Jiang Zemin mehrere Male gewarnt haben, dass Chinafeindliche Kräfte des westlichen Auslands versuchten, die Kommunistische Partei zu spalten und die staatliche Führung zu schwächen. Schaffe man es nicht, mit diesen Angriffen auf die Einheit der Partei innerhalb des kommenden Jahres fertig zu werden, könnte es tatsächlich zu einer Spaltung zwischen

älteren und jüngeren Mitgliedern der Führungsspitze kommen.

Als weitere Herausforderungen für die Parteiführung sollen außerdem die desolate sozioökonomische Situation in manchen ländlichen Regionen Chinas, der bevorstehende Beitritt zur Welt handelsorganisation, die weitere Vertiefung der Reformen im Zuge der Umsetzung des Zehnten Fünfjahresplans sowie die grassierende Korruption diskutiert worden sein.

Die Wahrung der Einheit der Parteiführung erscheint umso vordringlicher, als ab dem kommenden Jahr der Wechsel von der dritten auf die vierte Führungsgeneration ansteht. Vor diesem Hintergrund soll sich die Zentrale Arbeitskonferenz daher schließlich auch intensiv mit Personalfragen befasst haben, die auf öffentlichen Tagungen bislang weitestgehend ausgespart geblieben sind. (RMRB, 15.2.01; IHT, 9.3.01; JB, 01/3, S.24-25; ZM, 01/3, S.6-8) -hol-

12 Neubesetzung zweier Ministerämter

Im Kabinett Zhu Rongjis sind das Amt des Leiters der Kommission für Wirtschaft und Handel (engl.: SETC) und des Ministers für Wissenschaft und Technologie neu besetzt worden. An die Stelle des bisherigen Leiters der SETC, Sheng Huaren, trat sein bisheriger Stellvertreter Li Rongrong. Zhu Lilan wurde in ihrem bisherigen Amt als Ministerin für Wissenschaft und Technologie von ihrem Stellvertreter Xu Guanhua abgelöst. Die Neubesetzungen waren bereits in der letzten Februarwoche informell bekannt geworden, wurden aber erst im Vorfeld der Jahrestagung des NVK offiziell bestätigt.

Der 65-jährige Sheng Huaren war im Jahr 1998 zum Leiter der SETC ernannt worden, als diese im Zuge einer umfassenden Reorganisation des Staatsrats zu einem „Superministerium“ mit erweiterten Koordinationsfunktionen aufgewertet worden war. Zuvor war er Präsident der China National Petrochemical Corporation (Sinopec) gewesen.

Nach offiziellen Angaben schied Sheng Huaren wegen Erreichen der Altersgrenze aus dem Kabinett aus. Kom-